

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Feuerwehr, Katastrophenschutz und Ordnung

Sitzung: Donnerstag, 13.01.2022

Ort: Stadthalle Braunschweig - Vortragssaal, St. Leonhard 14, Zugang über "An der Stadthalle", 38102 Braunschweig,
Videokonferenz, Webex-Meeting

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:23 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Thorsten Köster - CDU

Mitglieder

Herr Matthias Disterheft - SPD

Herr Nils Bader - SPD

Frau Susanne Hahn - SPD

Vertretung für: Herrn Frank Graffstedt

Herr Bastian Swalve - SPD

Herr Rochus Jonas - B90/GRÜNE

Frau Sabine Kluth - B90/GRÜNE

Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE

Herr Kai-Uwe Bratschke - CDU

Herr Maximilian Pohler - CDU

Herr Udo Sommerfeld - Die FRAKTION. BS

Frau Bianca Braunschweig - BIBS

Vertretung für: Frau Tatjana Jenz

Frau Andrea Hillner - Direkte Demokraten

Herr Carsten Lehmann - FDP

Herr Stefan Wirtz - AfD

weitere Mitglieder

Frau Lena-Marie Barluschke -

Herr Sven Grabenhorst -

Frau Beate Gries -

Herr Sven Kornhaas -

Herr Felix Nordheim -

Herr Florian Parkitny -

Herr Ingo Schönbach -

Verwaltung

Herr Christian Geiger - Dezernent VII

Herr Dr. Jan Köhler - FBL 32

Herr Martin Stenz - stellv. FBL 37

Frau Judith Mönch-Tegeder - AbtL'in 37.3

Protokollführung

Herr Daniel Kösters - StL 37.01

Herr Moritz Trabe - 37.011

Abwesend

Mitglieder

Herr Frank Graffstedt - SPD

entschuldigt

Frau Tatjana Jenzen - BIBS

entschuldigt

Verwaltung

Herr Henning Sack - Dez. II o. V. i. A.

entschuldigt

Herr Torge Malchau - FBL 37

entschuldigt

Herr Hans-Jürgen Kolle - AbtL 37.0

entschuldigt

Herr Sebastian Damm - AbtL 37.4

entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-------|---|-------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 01.12.2021 | |
| 3 | Mitteilungen | |
| 4 | Anträge | |
| 4.1 | Einrichtung eines Tagesordnungspunktes "Katastrophenschutz-konzept der Stadt Braunschweig" | 21-17297 |
| 4.1.1 | Einrichtung eines Tagesordnungspunktes "Katastrophenschutz-konzept der Stadt Braunschweig" | 21-17297-01 |
| 5 | Haushalt 2022/Investitionsprogramm 2021-2025 für den Teilhaus-halt des Fachbereichs Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit | 22-17612 |
| 6 | Haushalt 2022 und Investitionsprogramm 2021-2025 für den Teil-haushalt des Fachbereichs Feuerwehr | 22-17555 |
| 7 | Neubau der Feuerwache Süd-West an der Westerbergstraße:
Beschluss des Raumprogramms | 21-17499 |

8	Änderung der Taxentarifordnung	21-17524
9	Verleihung der Ehrenbezeichnung Ehrenbrandmeister	22-17557
10	Anfragen	
10.1	Belastung des Ehrenamts durch Verwaltungsaufgaben	22-17546
10.1.1	Belastung des Ehrenamts durch Verwaltungsaufgaben	22-17546-01
10.2	Umsetzungsstand Verbesserung der Hilfsfristen	22-17545
10.2.1	Umsetzungsstand Verbesserung der Hilfsfristen	22-17545-01
10.3	Landesweiter Ausfall der Notrufe 112, 110 und von Amtsleitungen der Krankenhäuser	22-17547
10.3.1	Landesweiter Ausfall der Notrufe 112, 110 und von Amtsleitungen der Krankenhäuser	22-17547-01
10.4	Cell Broadcast für den Bevölkerungsschutz	22-17548
10.4.1	Cell Broadcast für den Bevölkerungsschutz	22-17548-01
11	Präsentation besonderer Einsätze	

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 01.12.2021

Es wird der Hinweis aufgenommen, dass Stadtbrandmeister Ingo Schönbach bei der letzten Sitzung entschuldigt gefehlt hat.

Beschluss:

Das Protokoll wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 10 Nein: 0 Enth.: 1

3. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen zur heutigen Sitzung vor.

4. Anträge

4.1. Einrichtung eines Tagesordnungspunktes "Katastrophenschutzkonzept der Stadt Braunschweig"

21-17297

Herr Disterheft bringt den Antrag und das Sachthema ein. Er weist auf mögliche Gefahren im Hinblick auf Hochwasserereignisse, langanhaltende Stromausfälle oder der Evakuierung von Kranken- und Altenpflegeheimen hin. Mit diesem Antrag und dem Katastrophenschutzkonzept soll ein Großmaß an Sicherheit und Planungssicherheit erreicht werden.

Beschluss:

Für die Sitzung des Feuerwehrausschusses am 24.11.2021 wird ein Tagesordnungspunkt "Katastrophenschutzkonzept der Stadt Braunschweig" beantragt (ggf. im nichtöffentlichen Teil).

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wurde in die Tagesordnung aufgenommen und das Sachthema beraten.

4.1.1. Einrichtung eines Tagesordnungspunktes "Katastrophenschutzkonzept der Stadt Braunschweig"

21-17297-01

Herr Geiger stellt die vorliegende Stellungnahme vor und weist darauf hin, dass es sich bei dem Thema Katastrophenschutz um eines der Schwerpunktthemen für die nächsten Jahre, auch bundesweit, handele. Unter anderem soll zeitnah ein Kompetenzzentrum des Bundes unter Beteiligung der Länder eingerichtet werden.

Für die Stadt Braunschweig berichtet Herr Geiger von einem regelmäßig einberufenen Gesprächskreis Bevölkerungsschutz mit Herrn OB Dr. Kornblum und den Hilfsorganisationen.

Abschließend weisen Herr Geiger und Herr Stenz darauf hin, dass eine klare begriffliche Unterscheidung zwischen einem gesetzlich nicht geregelten Katastrophenschutzkonzept und dem gesetzlich vorgeschriebenen Katastrophenschutzplan vorgenommen werden müsse.

Auf Nachfrage von Herrn Köster, ob das Katastrophenschutzkonzept eine Art Muster zur Bewältigung der festgestellten 81 Gefahren bieten werde und wie die einzelnen Katastrophenschutzeinheiten eingebunden werden, teilt Herr Geiger mit, dass das Konzept eine Schutzzielorientierung und eine Ganzheitlichkeit verfolgen solle. Jedoch müssten entsprechend der Ressourcen Schwerpunkte und Prioritäten gesetzt werden. Hinsichtlich der Einbindung weist er auf die Gesprächskreise und den kontinuierlichen Austausch mit den beteiligten Organisationen auf Arbeitsebene hin.

Herr Disterheft wünscht sich bei der Erstellung des Konzeptes vor allem ein ganzheitliches Denken, eine Hilfestellung für betroffene Anwohnerinnen und Anwohner sowie Ansätze, wie das Konzept auch innerhalb der Verwaltung verfolgt wird.

Auf Nachfrage geht Herr Stenz kurz auf das Warnkonzept unter Einbeziehung neuer elektronischer Sirenen ein. Ziel sei hier das Konzept "Wecken und Informieren". Frau Kluth bittet in diesem Zusammenhang auch den Hinweis auf alle Kulturen aufzunehmen (multilingual).

Hinsichtlich eines möglichen Zeitplanes zur Einführung des Katastrophenschutzkonzeptes avisiert die Verwaltung eine geplante Darstellung nach dem Dienstantritt des neuen Abteilungsleiters.

Abstimmungsergebnis:

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

5. Haushalt 2022/Investitionsprogramm 2021-2025 für den Teilhaushalt des Fachbereichs Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit

22-17612

Die Behandlung der Unterlage erfolgt in aufsteigender Reihenfolge. Die Einzelabstimmungsergebnisse ergeben sich aus der Anlage zum Protokoll.

Anlage 3

FU 36:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Herr Sommerfeld begründet den Antrag. Es müsse keine Extrabetonung für Abschiebungen im Haushalt geben. Die Verwaltung solle vielmehr die Spielräume im Sinne der Bürgerinnen und Bürger besser ausnutzen. Herr Köster teilt für seine Fraktion eine Ablehnung des Antrages mit.

Anlage 4:

Herr Dr. Plinke weist im Zuge des Antrags lfd. Nr. 40 darauf hin, dass hier konzeptionelle Berechnungen zugrunde lägen. Er schlägt vor, die Anträge 40 und 41 passieren zu lassen.

Herr Sommerfeld bringt den Antrag lfd. Nr. 41 ein und setzt voraus, dass die Verwaltung nur die tatsächlich erforderlichen und belegbaren Mittel bereitstellen/nutzen werde.

Herr Disterheft avisiert einen Änderungsantrag der Begrenzung der Förderung auf 45.000 € jährlich dauerhaft und schlägt vor, auch diesen Antrag passieren zu lassen. (*Protokollnotiz: Dieser Antrag muss gemäß GO schriftlich vorliegen.*)

Antrag auf Passieren lassen der Anträge 40+41:

Abstimmungsergebnis:

Ja: 11 Nein: 0 Enth.: 0

Beschluss:

"Der Haushaltsplan 2022 und das Investitionsprogramm 2021-2025 wird dem Verwaltungsausschuss und dem Rat unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Ausschusses für Feuerwehr, Katastrophenschutz und Ordnung zu den Ansatzveränderungen der Verwaltung (Anlage 1), den Ansatzveränderungen der Verwaltung im Investitionsprogramm 2021-2025 (Anlage 2), den finanzunwirksamen Anträgen der Fraktionen und der Stadtbezirksräte (Anlage 3) und den finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und der Stadtbezirksräte (Anlage 4) zur Beschlussfassung vorgeschlagen.

Die Anlagen sind Bestandteil dieses Beschlusses."

Abstimmungsergebnis:

Ja: 7 Nein: 0 Enth.: 4

6. Haushalt 2022 und Investitionsprogramm 2021-2025 für den Teilhaushalt des Fachbereichs Feuerwehr

22-17555

Die Behandlung der Unterlage erfolgt in aufsteigender Reihenfolge. Die Einzelabstimmungsergebnisse ergeben sich aus der Anlage zum Protokoll.

Anlage 1

FU 29:

Herr Sommerfeld bringt den Antrag ein. Er spricht sich dafür aus, die Ursachen für aufkommende Haushaltsreste zu beseitigen. Hierzu müsse die Verwaltung jedoch darlegen, welches die Ursachen seien. Herr Geiger teilt hierzu mit, dass die Bildung von Haushaltsresten logische Konsequenz sei, wenn regelmäßig mehr an Mitteln eingeplant werde, als tatsächlich in einem Haushaltsjahr abgearbeitet werden könne. Er weist auf die Möglichkeit hin, im Rahmen der Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen, zu denen der jeweilige Stand

der Haushaltsreste mitgeteilt werde, entsprechende Vorschläge und Priorisierungen vorzuschlagen, wo Anpassungen der Planungen in Abwägung zum Stand der Haushaltsreste sinnvoll erschienen.

Herr Köster bringt in diesem Zusammenhang folgende, grundsätzlich mögliche Vorschläge ein:

- Planungspause in 2022 und Fortsetzung der Projekte in 2023
- Aufstellung eines Doppelhaushaltes
- das IP zusammenstreichen

Herr Köster avisiert entsprechende aktive Vorschläge der CDU-Fraktion.

Herr Sommerfeld weist auf die Möglichkeit der Ausweitung personeller Verwaltungsressourcen hin (hier vor allem FB 65).

Anlage 2:

Herr Köster berichtet vom Besuch des Oberbürgermeisters am Heiligen Abend auf der Süd- sowie der Hauptfeuerwache und der dort getätigten Aussage, dass neben Planungs- nun auch erste Sanierungsmittel in den Haushalt aufgenommen worden sein sollen. Herr Köster kann diese in der vorliegenden Unterlage jedoch nicht finden und fragt daher nach einer weiteren Ansatzveränderung.

Herr Geiger teilt in diesem Zusammenhang mit, dass für die Sanierung der Hauptfeuerwehrwache in den nächsten Jahren bereits Planungs- und Realisierungsmittel im Haushalt vorgesehen seien und daher keine gesonderte Ansatzveränderung erforderlich sei. Herr Eckermann konkretisiert die zugrundeliegenden Zahlenwerte für die Jahre 2022 bis 2025 wie folgt:

2022: 100.000 €
2023: 200.000 €
2024: 2,2 Mio. €
2025: 3 Mio. €

Herr Köster bittet zudem um Bericht zum Feuerwehrhaus Stöckheim, ob es sich um eine Erweiterung oder einen Neubau handle und ob sich die Planungen noch im Zeitplan befinden und nimmt hier Bezug auf die letzte Anfrage in der Thematik, wo seitens des FB 65 ein Beschluss zum Raumprogramm für das 3. Quartal 2021 avisiert worden war.

Zu diesem Punkt anwesend ist Herr Eckermann. Er berichtet zur Art der Maßnahme, dass derzeit die abschließenden Abstimmungen stattfänden. Hierzu solle in den nächsten Wochen eine Entscheidung getroffen und anschließend die Politik (Beschluss Raumprogramm) eingebunden werden. Auf Nachfrage, was die Gründe für die Verschiebung der Finanzraten sind und ob in 2023 alles abschließend umgesetzt ist, teilt Herr Eckermann mit, dass die jetzigen Verschiebungen den aktuellen Planungsstand widerspiegeln. Sicher könnten bis 2023 nicht alle Finanzen auch umgesetzt, aber zumindest entsprechende Verpflichtungsermächtigungen erteilt werden. Der Mittelabfluss finde sukzessive statt.

Der Ausschussvorsitzende kritisiert, dass sich die Politik eine proaktive Mitteilung gewünscht hätte, wenn sich der Zeitplan ändere, auch als Information an die Kameradinnen und Kameraden.

Herr Disterheft spricht sich dafür aus, dass sichergestellt werden müsse, dass die Kameradinnen und Kameraden die entsprechende Ausrüstung haben und das Ehrenamt nicht im Stich gelassen werden dürfe. Er geht ebenso davon aus, dass zwischenzeitlich alle FUK-Mängel beseitigt wurden. Herr Geiger entgegnet hierauf, dass die Verwaltung mit Unterstützung der Ratsgremien durchaus Vieles für die Freiwillige Feuerwehr tue. Zu nennen seien hier insbesondere die vorgesehenen Beschaffungen im Verwaltungsvorschlag zum Haushalt und die anstehende Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplanes.

Herr Nordheim kritisiert die zeitlichen Verzögerungen ebenfalls und bittet um eine verbindli-

che Aussage zur Fertigstellung. Herr Eckermann teilt mit, dass in 2022 die konkreten Planungen starteten, in 2023 der Baubeginn sei und in 2024 voraussichtlich das Gebäude übergeben werden könne.

Zum Feuerwehrhaus Stöckheim wird weiter mitgeteilt, dass der jetzige Zeitplan in der Form eingehalten werden solle. Die Verwaltung sei sich der Verantwortung, auch der Kameradinnen und Kameraden gegenüber bewusst. So sei auch die Abarbeitung der noch ausstehenden FUK-Mängel weiterhin im Gange; hier sei zu unterscheiden zwischen kleineren Maßnahmen (Beleuchtung, Torwechsel) und umfangreicheren Maßnahmen, die ggf. eine Überplanung eines Feuerwehrhauses erforderlich machten.

Herr Köster bittet beim Projekt „Feuerwehrhaus Geitelde Ersatzbau“ um redaktionelle Aufnahme der Bezeichnung "Geitelde/Stiddien" in künftige Vorlagen.

Herr Eckermann teilt zu den Anmerkungen bezüglich Geitelde mit, dass viele Maßnahmen sehr frühzeitig in die Haushaltsplanungen aufgenommen würden, ohne dass die entsprechenden Randbedingungen bereits klar seien. Weitere Erkenntnisse ergäben sich erst während der Planungsphase. Auch wenn die Finanzierungsraten nun verschoben worden seien, würde das den Planungsbeginn nicht verzögern.

Herr Köster beantragt getrennte Abstimmung bezüglich der vorliegenden Ansatzveränderungen zum Feuerwehrhaus Stöckheim, dem Feuerwehrhaus Geitelde und der Einrichtung eines Sirensystems in der Anlage 2, da eine weitere Verzögerung in Stöckheim nicht akzeptabel sei.

Herr Disterheft beantragt passieren lassen der Ansatzveränderungen zum Feuerwehrhaus Stöckheim. Dies wird einstimmig so beschlossen.

Beschluss:

Der Haushaltsplan 2022 sowie das Investitionsprogramm 2021-2025 werden dem Verwaltungsausschuss und dem Rat unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Ausschusses für Feuerwehr, Katastrophenschutz und Ordnung zu dem finanzunwirksamen Antrag FU 29 (Anlage 1) und den Ansatzveränderungen der Verwaltung im Investitionsprogramm 2021-2025 (Anlage 2) zur Beschlussfassung vorgeschlagen.

Die Anlagen sind Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 7 Nein: 0 Enth.: 4

7. Neubau der Feuerwache Süd-West an der Westerbergstraße: 21-17499 **Beschluss des Raumprogramms**

Herr Geiger führt in die Thematik ein. Frau Mönch-Tegeder stellt die Vorlage zusammengefasst vor.

Herr Köster bittet um eine grafische Darstellung der Funktionsbereiche und hält das vorliegende Raumprogramm für einen wichtigen Schritt zur Realisierung der Südwest-Wache. *(Protokollnotiz: Es wird insoweit auf die Darstellung in der Anlage zum Protokoll zu TOP 7 verwiesen.)* Bezüglich der Kostenschätzung von 53,4 Mio. € bittet er um Aufklärung der Diskrepanz zum vorliegenden Haushaltsplanentwurf, in dem 27 Mio. € vorgesehen seien.

Frau Mönch-Tegeder teilt hierzu mit, dass die Raten zum nächsten Haushalt noch angepasst würden, da die aktuelle, konkretisierte Schätzung erst nach Vorlage des Haushaltsplanentwurfs 2022 entstanden sei. In 2022 werde jedoch das Vergabeverfahren der Planungsleistungen starten. Ein Eröffnungstermin sei derzeit noch ungewiss, hierzu müssten die Planungen zunächst konkreter werden.

Herr Disterheft bittet um eine transparentere Darstellung der Planungen zur Südwest-Wache in der Zukunft. Neben dem Raumkonzept müsste auch die praktische Umsetzung (gibt es einen Personalaufwuchs, wie ist die Fahrzeugaufteilung etc.) dargestellt werden. Frau Mönch-Tegeder teilt hierzu mit, dass es keine Personalaufwüchse geben werde und es bei den Überlegungen bleibe, dass die Südwest-Wache als Technik- und Logistikwache geplant und die Nordwache als Ausbildungswache vorgesehen werde.

Herr Dr. Plinke weist auf die Beteiligung des Behindertenbeirates und des Stadtbezirksrates hin. Auch wünscht er sich eine frühzeitige Information bezüglich der vorgeschlagenen Beschaffungsvariante (vorgesehener Generalunternehmer, etc.). Frau Kluth bittet, in der Planung auch den Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit sowie ein Mobilitätskonzept zu bedenken und stellt sich einen baulichen Wettbewerb vor.

Herr Eckermann teilt hierzu mit, dass es sich um ein VgV-Verfahren handeln werde, bei dem Konzepte vergleichbar einem Wettbewerb konkurrierend gefordert würden. Hier würden auch klimaschutzrelevante und mobilitätsrelevante Überlegungen angestellt. Es werde zwar eine Eigenrealisierung angestrebt, jedoch sei das Bauvolumen mit Blick auf die allgemeine Auslastung der Bauverwaltung nicht unerheblich, so dass eine abschließende Entscheidung noch getroffen werden müsse.

Herr Jonas bittet in diesem Zusammenhang darum, E-Mobilität und Unterbringungsmöglichkeiten auch für Fahrräder vorzusehen.

Herr Kornhaas weist darauf hin, dass bei der Besetzung der Südwest-Wache auch die Haupteinsatzgebiete der Sonderfahrzeuge berücksichtigt werden müssten. Hierzu teilt Frau Mönch-Tegeder mit, dass dies bereits im Feuerwehrbedarfsplan geschehen sei und durch die gute Anbindung an die Tangente ein schnelles Erreichen der jeweiligen Einsatzorte, auch auf den Autobahnen, gewährleistet sein sollte.

Beschluss:

Das als Anlage beigefügte Raumprogramm für den Neubau der Feuerwache Süd-West an der Westerbergstraße wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 11 Nein: 0 Enth.: 0

8. Änderung der Taxentarifordnung

21-17524

Beschluss:

„Die als Anlage beigefügte Sechste Verordnung zur Änderung der Verordnung über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für den Gelegenheitsverkehr mit Taxen in der Stadt Braunschweig (Taxentarifordnung) wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

Ja: 11 Nein: 0 Enth.: 0

9. Verleihung der Ehrenbezeichnung Ehrenbrandmeister

22-17557

Beschluss:

Der Verleihung der Ehrenbezeichnung Ehrenbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr an Herrn Frank-Peter Schrapel in Anerkennung besonderer Verdienste um das Feuerlöschwesen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 11 Nein: 0 Enth.: 0

10. Anfragen	
10.1. Belastung des Ehrenamts durch Verwaltungsaufgaben	22-17546

Herr Disterheft bringt die Anfrage ein.

Abstimmungsergebnis:

beantwortet durch Stellungnahme 22-17546-01

10.1.1. Belastung des Ehrenamts durch Verwaltungsaufgaben	22-17546-01
--	--------------------

Die Beantwortung erfolgt durch Herrn Geiger.

Abstimmungsergebnis:

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

10.2. Umsetzungsstand Verbesserung der Hilfsfristen	22-17545
--	-----------------

Herr Köster bringt die Anfrage ein.

Abstimmungsergebnis:

beantwortet durch Stellungnahme 22-17545-01

10.2.1. Umsetzungsstand Verbesserung der Hilfsfristen	22-17545-01
--	--------------------

Die Beantwortung erfolgt durch Herrn Geiger.

Abstimmungsergebnis:

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

10.3. Landesweiter Ausfall der Notrufe 112, 110 und von Amtsleitungen der Krankenhäuser	22-17547
--	-----------------

Herr Disterheft bringt die Anfrage ein.

Abstimmungsergebnis:

beantwortet durch Stellungnahme 22-17547-01

10.3.1. Landesweiter Ausfall der Notrufe 112, 110 und von Amtsleitungen der Krankenhäuser	22-17547-01
--	--------------------

Die Beantwortung erfolgt durch Herrn Geiger.

Abstimmungsergebnis:

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

10.4. Cell Broadcast für den Bevölkerungsschutz	22-17548
--	-----------------

Herr Köster bringt die Anfrage ein.

Abstimmungsergebnis:

beantwortet durch Stellungnahme 22-17548-01

Die Beantwortung erfolgt durch Herrn Geiger.

Abstimmungsergebnis:

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

10.5. Mündliche Anfrage Herr Jonas

Herr Jonas weist auf die Mobilen Impfteams in der Stadt, insbesondere an der TU hin und bittet um Beantwortung, inwieweit hier städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützen. An der TU gäbe es keine Ausschilderungen und Ansprechpartner, so dass es nicht selten zu größeren Ansammlungen käme. Die Verwaltung sagt eine Klärung zu. *(Nachtrag zum Protokoll: Eine Nachfrage bei dem Leiter des Impfzentrums, Herrn Dr. Hilger, ergab, dass es im Dezember im Bereich der TU Braunschweig vermehrt zu Personenansammlungen und fehlenden Besucherlenkungen gekommen sei. Seit Beginn des neuen Jahres werde das mobile Impfteam jedoch durch die Bundeswehr verstärkt, so dass mit einer deutlichen Besserung zu rechnen sei.)*

11. Präsentation besonderer Einsätze

Herr Stenz stellt anhand einer Präsentation die prägnanten Einsätze seit der letzten Ausschusssitzung vor:

- Bombenentschärfungen am 01.12. und 19.12.2021
- Feuer und Explosion in einem Wohnhaus am 22.12.2021

Auf Nachfrage, ob nach den Bombenfunden noch eine Nachsondierung stattgefunden habe, teilt Herr Stenz mit, dass die zweite Bombe aufgrund der Nachsondierung gefunden worden sei.

Köster
Vorsitz

Geiger
Dezernent VII

Kösters
Schriftführung